



Pressemitteilung

ver.di fordert Einkommenserhöhung von 5,5 Prozent für den öffentlichen Dienst der Länder

18.12.2014

Die Bundestarifkommission der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert für die Tarif- und Besoldungsrunde 2015 im öffentlichen Dienst der Länder eine Entgelterhöhung von 5,5 Prozent, mindestens aber um 175 Euro monatlich bei einer Laufzeit von zwölf Monaten.

„Die Einkommen der Beschäftigten im öffentlichem Dienst müssen Schritt halten mit den Gehaltssteigerungen in der Privatwirtschaft“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske am Donnerstag in Berlin. Noch immer gebe es einen Abstand zwischen den Einkommen im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft. „Deutliche Lohnsteigerungen sind außerdem notwendig, weil sie die Binnennachfrage stärken und damit wichtige Impulse für die weitere positive wirtschaftliche Entwicklung setzen“, so Bsirske.

ver.di verlangt zusätzlich die verbindliche Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung im erlernten Beruf sowie eine Anhebung der Ausbildungsvergütungen um 100 Euro und eine Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende von 27 auf 30 Tage. Sachgrundlose Befristungen sollen tarifvertraglich ausgeschlossen werden. Darüber hinaus lehnt die Bundestarifkommission von ver.di jeglichen Eingriff in die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung ab.

„Wir müssen den öffentlichen Dienst auch in den Ländern attraktiver machen. In den nächsten zehn Jahren scheiden 20 bis 25 Prozent der Beschäftigten altersbedingt aus. Nur mit guten Arbeits- und Einkommensbedingungen werden die Länder im Wettbewerb um gute Arbeitskräfte mit der Privatwirtschaft bestehen können“, unterstrich Bsirske.

ver.di führt die Tarifverhandlungen gemeinsam mit der GdP, der GEW und dem dbb beamtenbund und tarifunion. Die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für rund 800.000 Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder (außer Hessen) werden am 16. Februar 2015 in Berlin aufgenommen. ver.di fordert die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die 1,2 Millionen Beamtinnen und Beamten sowie rund 700.000 Versorgungsempfänger.